

WP-04-541 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Kreisverband Borken

Beschlussdatum: 22.10.2026

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 540 bis 541 einfügen:

und dafür Hürden in Bewerbungsverfahren abbauen sowie die Landesverwaltung stärker als inklusiver Arbeitgeber sichtbar machen.

Für uns ist außerdem klar: Echte Barrierefreiheit heißt mehr als Rampen und rollstuhlgerechte Eingänge. Wir wollen Barrierefreiheit zum Standard machen, ob im Wohnungsbau, im öffentlichen Raum, in der Verwaltung oder in digitalen Angeboten. Barrierefreiheit ist für uns nicht nur eine Option, sondern Selbstverständlichkeit. Menschen mit chronischen und psychischen Erkrankungen oder Behinderungen bleiben zu oft außen vor – für uns sind sie mittendrin. Wir verstehen daher Barrierefreiheit umfassend und wollen physische wie auch sensorische und kognitive Hürden in unserer Gesellschaft hinterfragen und überall abbauen.

Begründung

Die Ergänzung ist notwendig, um ein umfassendes Verständnis von Barrierefreiheit als Voraussetzung für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe im Wahlprogramm zu verankern. Barrieren beschränken sich nicht auf fehlende Rampen oder bauliche Hindernisse, sondern entstehen ebenso durch unzugängliche Informationen, komplizierte Verwaltungsverfahren, digitale Angebote ohne ausreichende Zugänglichkeit sowie fehlende Rücksichtnahme auf sensorische und kognitive Bedürfnisse. Menschen mit Behinderungen sowie chronischen und psychischen Erkrankungen werden dadurch in vielen Lebensbereichen weiterhin von selbstverständlicher Teilhabe ausgeschlossen. Barrierefreiheit muss deshalb von Anfang an bei der Gestaltung von Gebäuden, öffentlichen Räumen, Dienstleistungen und digitalen Angeboten mitgedacht werden, statt erst nachträglich hergestellt zu werden. Die Ergänzung verdeutlicht, dass Inklusion nicht allein durch individuelle Unterstützungsleistungen erreicht werden kann, sondern auch den Abbau gesellschaftlicher Strukturen erfordert, die Menschen ausschließen. Ziel ist eine Gesellschaft, in der Vielfalt selbstverständlich berücksichtigt wird und alle Menschen ihr Leben möglichst selbstbestimmt gestalten können.